

Haushaltssicherungskonzept 2008 - 2020

(Sitzung der Stadtvertretung am 09.06.2008)

I. Änderungsanträge der Ausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte

Zusammenstellung aller Anträge und Voten

- Maßnahmen
- weitergehende Aufträge / Prüfaufträge

II. 2. Veränderungsliste der Verwaltung

- I. Änderungsanträge der Ausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte zum HSK 2008 - 2020, die von der Verwaltung übernommen werden. Veränderungsliste
- II. Maßnahmen, die von der Verwaltung in modifizierter Form eingebracht werden (Veränderungsliste im engeren Sinne)
- III. Ergänzungen der Beschlussvorlage zum HSK 2008 - 2020

Anlage:

- Einzelanträge

Änderungsanträge der Ausschüsse, Fraktionen und Ortsbeiräte zum HSK 2008 - 2020

I. Maßnahmen

Nr.	Maßnahme UA / HHSt. Kurzbezeichnung	Veränderung in €/ HHPI-Entwicklung										
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
02-2	Stadtmarketing	ursprüngliche Fassung: Reduzierung des Zuschusses an die Stadtmarketing GmbH (I.1)										
		RE 2006: 393.000 € Plan 2007: 373.300 € Plan 2008: 373.300 €										
		0	0	0	75.000	75.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
		neue Textfassung: unverändert										
2	Antrag Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	0	0	75.000	75.000	75.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
	Votum WTL	abgelehnt										
	FA: 4/5/0 ; HA: 2/10/0											
22	Antrag WTL	50.000	50.000	50.000	75.000	75.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
	Votum WTL	5/1/2 i.S.d. Antrags										
	FA: 4/5/0 ; HA: 4/8/0											
	Votum FA	Der Finanzausschuss stimmt mehrheitlich für die Verwaltungsfassung.										
	Beschluss HA	0	0	0	75.000	75.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
		Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich für die Verwaltungsfassung.										

Nr.	Maßnahme UA / HHSt. Kurzbezeichnung	Veränderung in €/ HHPI-Entwicklung										
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
I.1-1 Zuschuss Zoo	ursprüngliche Fassung: Reduzierung des Betriebskostenzuschusses an die Zoo gmbH (I.1, GBV) Gemäß Mitteilung der Geschäftsleitung wäre eine solche Vorgabe mit der Senkung von Personalkosten verbunden. Für 2009 ff. müsste ein Mehrertrag durch erhöhtes Besucheraufkommen durch die BUGA und die neue Nashornanlage realisiert werden. RE 2006: 1.000.000 € Plan 2007: 1.000.000 € Plan 2008: 1.000.000 €											
	0	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000
	Anmerkung: Die Maßnahme ist zudem Bestandteil der Veränderungsliste der Verwaltung.											
Vorschlag lt. Veränderungsliste der Verwaltung		0	30.000	30.000	30.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
3	Antrag Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	0	50.000	50.000	100.000	150.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
	Votum WTL	mehrheitlich abgelehnt										
	FA: 1/8/0 ; HA: 1/10/1											
23	Antrag WTL	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Votum WTL	6/1/1 für die Streichung der Maßnahme										
	FA: 0/8/1 ; HA: 0/12/0											
56	Antrag Fraktion CDU	0	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000
	FA: 2/6/1 ; HA: 6/5/1											
Votum FA		Der Finanzausschuss stimmt gegen alle Veränderungsanträge und damit für die Fassung laut Veränderungsliste der Verwaltung (30.000 € ab 2009 und 100.000 € ab 2012).										
Beschluss HA		0	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000
Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich i.S.d. Antrags 56 (30.000 € ab 2009 und keine weitere Zuschusskürzung).												

Nr.	Maßnahme UA / HHSt. Kurzbezeichnung	Veränderung in €/ HHPI-Entwicklung										
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	I.1-4 Sondertarife NVS	ursprüngliche Fassung: Verzicht auf Tarifiermäßigung beim Nahverkehr Schwerin für Schüler und Auszubildende (I.1, GBV) (...)										
		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		Antrag (14): ersatzlose Streichung der Maßnahme										
14	Antrag KSS (SPD)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Votum KSS	mehrheitlich für die Streichung der Maßnahme										
	FA: 4/5/0 ; HA: 4/6/2											
34	Antrag Fraktion UB	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	FA: 4/5/0 ; HA: 4/6/2											
Votum FA		Der Finanzausschuss lehnt eine Streichung der Maßnahme mehrheitlich ab.										
Beschluss HA		Der Hauptausschuss lehnt eine Streichung der Maßnahme mehrheitlich ab, da die Verwaltung zugesichert hat, hierzu im Kontext zur Maßnahme I.1-2 einen Veränderungsvorschlag in die StV einzubringen.										

Nr.	Maßnahme UA / HHSt. Kurzbezeichnung	Veränderung in €/ HHPI-Entwicklung											
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	
I.1-5 Stadtwerke	ursprüngliche Fassung: Erwirtschaftung eines Ertrages an den städtischen Haushalt durch die Stadtwerke gemäß § 75 Abs. 1 KV M-V (I.1, GBV) Ziel: Ausschüttung auf das Eigenkapital ab 2013 i. H. v. 5% (=> Haushaltsverbesserung von ca. 1,5 Mio. €). Laut Wirtschaftsplan 2008 ist im Jahr 2011 ein Jahresverlust i. H. v. 2.802 Tsd. € geplant.												
	0	0	0	0	0	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	
	neue Textfassung: unverändert												
4	Antrag Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	0	0	0	1.500.000	1.500.000	2.250.000	2.250.000	2.250.000	2.250.000	2.250.000	2.250.000	
	Votum WTL	mehrheitlich abgelehnt											
	FA: 1/6/2 ; HA: 1/10/1												
24	Antrag WTL	Prüfauftrag, ob bereits Effekte ab 2009 aus der Unternehmenssteuerreform realisierbar sind. Antragsergänzung im FA (Fraktion UB), dies als Prüfauftrag ins HSK aufzunehmen.					1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000
	Votum WTL	einstimmig i.S.d. Antrags											
	FA: 3/5/1 ; HA: 3/8/1	(inklusive Ergänzungsantrag der Fraktion UB aus dem Finanzausschuss)											
	Votum FA	Der Finanzausschuss lehnt die Änderungsanträge mehrheitlich ab.											
	Beschluss HA	Der Hauptausschuss lehnt die Änderungsanträge mehrheitlich ab.											

Nr.	Maßnahme UA / HHSt. Kurzbezeichnung	Veränderung in €/ HHPI-Entwicklung										
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	I.1-6 WGS	ursprüngliche Fassung: Erwirtschaftung eines Ertrages an den städtischen Haushalt durch die WGS mbH gemäß § 75 Abs. 1 KV M-V (I.1, GBV) Ziel: Ausschüttung auf das Eigenkapital Einzelmaßnahmen: Reduzierung der Verwaltungskosten, Fokussierung auf das Vermietungsgeschäft, Verkauf von nicht benötigten Wohn- und Gewerbeobjekten sowie Vorratsgrundstücken. Das Unternehmenssicherungskonzept ist fortzuschreiben. Laut Wirtschaftsplan 2008 ist für 2011 ein Jahresgewinn i. H. v. 1.251 Tsd. € geplant. Empfehlung LRH: Eigenkapitalverzinsung ab 2012 mit 500 Tsd. € und ab 2015 mit 2.000 Tsd. € pro Jahr										
		0	0	0	0	500.000	500.000	500.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000
		neue Textfassung: unverändert										
5	Antrag Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	0	0	300.000	300.000	500.000	500.000	500.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000
	Votum WTL	abgelehnt										
	Es erfolgte keine Abstimmung im FA und HA, da Verwaltung den Antrag 42 übernommen hat.											
25	Antrag WTL	Prüfauftrag, ob Effekte bis 2011 aus der Gewerbesteuerreform realisierbar sind.				500.000	500.000	500.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000
	Votum WTL	einstimmig i.S.d. Antrags										
	Es erfolgte keine Abstimmung im FA und HA, da Verwaltung den Antrag 42 übernommen hat.											
42	Antrag Die Linke	0	0	0	0	0	500.000	500.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.500.000
	Die Verwaltung hat diesen Antrag übernommen.											
	Votum FA	Es erfolgte keine Abstimmung im FA und HA, da Verwaltung den Antrag 42 übernommen hat.										
	Beschluss HA	Es erfolgte keine Abstimmung im FA und HA, da Verwaltung den Antrag 42 übernommen hat.										

Nr.	Maßnahme UA / HHSt. Kurzbezeichnung	Veränderung in €/ HHPI-Entwicklung										
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
10-2 SIS GmbH	ursprüngliche Fassung: Reduzierung der Ausgaben für EDV-Dienstleistungen (SIS GmbH)											
	Im Rahmen der Wirtschaftsplanung sind alle Aufwendungen kritisch zu prüfen, damit eine Reduzierung des zu erstattenden Aufwandes der Landeshauptstadt erreicht wird. (...) Die Maßnahme ist ab 2009 in den jeweiligen Haushaltsaufstellungsverfahren zu konkretisieren. (10, GBV, I.2) Die Reduzierung der Ausgaben entspricht den grundsätzlichen Empfehlungen des LRH. Konkrete Angaben zur Höhe macht der LRH nicht.											
	RE 2006: 2.004.720 € Plan 2007: 2.315.900 € Plan 2008: 2.382.500 € Die Vertragsänderung wurde am 04.12.2007 im Hauptausschuss (Erhöhung um 200.000 € auf 2.382.000 €) beschlossen. Laut Beschluss der Dezernentenberatung vom 04.03.2008 werden die nachgemeldeten Mehrausgaben i.H.v. 105.500 € gegenüber dem Planentwurf 2008 auf die Veränderungsliste der Verwaltung gesetzt. Damit erhöht sich der Ansatz 2008 auf 2.488.400 €. Der Wirtschaftsplan sieht ab 2009 eine Erstattung der EDV-Dienstleistungen von der Landeshauptstadt Schwerin i.H.v. 2.409.000 € vor.											
		0	100.000	150.000	200.000	250.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000
	Anmerkung: Die Maßnahme ist zudem Bestandteil der Veränderungsliste der Verwaltung.											
	Vorschlag lt. Veränderungsliste der Verwaltung	0	100.000	200.000	300.000	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000
6	Antrag Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	0	150.000	200.000	250.000	300.000	350.000	350.000	400.000	400.000	400.000	400.000
	Votum WTL	einstimmig i.S.d. Antrags										
	Antrag durch den Antragsteller zurückgezogen.											
	Votum FA	Es erfolgte keine Abstimmung im FA, da der Antrag zurückgezogen wurde.										
	Beschluss HA	Es erfolgte keine Abstimmung im HA, da der Antrag zurückgezogen wurde.										

Nr.	Maßnahme UA / HHSt. Kurzbezeichnung	Veränderung in €/ HHPI-Entwicklung										
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
37.1-1 FFw		ursprüngliche Fassung: Festschreibung der Ausgaben für Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit auf die Höhe des Ansatzes 2007. Die Einsparung soll unter Anwendung der Kann-Bestimmung (FFwEntschVO) und Trennung zwischen Stützpunkt- und Grundausrüstungsfeuerwehren erzielt werden. (37) Die Maßnahme ist in Zusammenhang mit der Maßnahme Nr. 37.1-2 zu betrachten. Die finanziellen Verbesserungen i.H.v. 10 T€ pro Jahr sind in der Maßnahme 37.1-2 berücksichtigt. RE 2006: 18.460 € Plan 2007: 14.300 € Plan 2008: 25.100 €										
		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		Antrag (28) zur textlichen Ergänzung: Die Maßnahme ist mit dem Zusatz "vorbehaltlich der Beschlussfassung des Brandschutzbedarfsplanes (BBP)" zu ergänzen.										
28	Antrag BOUS	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Votum BOUS	8/0/1 für die textliche Ergänzung.										
	Die Verwaltung hat diesen Antrag übernommen.											
	Votum FA	Es erfolgte keine Abstimmung im FA, da Verwaltung den Antrag 28 übernommen hat.										
	Beschluss HA	Es erfolgte keine Abstimmung im HA, da Verwaltung den Antrag 28 übernommen hat.										

Nr.	Maßnahme UA / HHSt. Kurzbezeichnung	Veränderung in €/ HHPI-Entwicklung										
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	37.1-2 Funktionsstärken Feuerwehr	ursprüngliche Fassung: Änderung der Verteilung der Funktionsstärken zwischen der Berufsfeuerwehr (BFw) und der Freiwilligen Feuerwehr (FFw) (37)										
		2008		14 (BFw)		2 (FFw)						
		2011		12 (BFw)		4 (FFw)						
		2014		10 (BFw)		6 (FFw)						
		Finanzielle Auswirkung:										
		Mehraufwand:		2009		25.000 €						
				2010		25.000 €						
				2011-2013		50.000 €						
				2014 ff.		90.000 €						
		Verbesserung:		2011		300.000 €						
		2012		300.000 €								
		2013		300.000 €								
		2014 ff.		600.000 €								
		0	-25.000	-25.000	250.000	250.000	250.000	510.000	510.000	510.000	510.000	510.000
Antrag (29) zur textlichen Ergänzung: Die Maßnahme ist mit dem Zusatz "vorbehaltlich der Beschlussfassung des Brandschutzbedarfsplanes (BBP)" zu ergänzen. Die Maßnahme ist zudem Bestandteil der Veränderungsliste der Verwaltung.												
29	Antrag BOUS	0	-25.000	-25.000	250.000	250.000	250.000	510.000	510.000	510.000	510.000	510.000
	Votum BOUS	8/0/1 für die textliche Ergänzung.										
	FA / HA:	Durch Abstimmung über die Anträge 52 und 57 ist dieser gegenstandslos.										
52	Antrag Die Linke	Beibehaltung der Funktionsstärken 14 (BFw) und 2 (FFw)										
		0	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000
	FA: 7/1/1 ; HA: 8/1/3											
57	Antrag CDU	Beibehaltung der Funktionsstärken 14 (BFw) und 2 (FFw)										
		0	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000
	FA: 7/1/1 ; HA: 8/1/3											
	Votum FA	Der FA stimmt mehrheitlich i.S.d. gleichlautenden Anträge 52 und 57.										
	Beschluss HA	0	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000	-25.000
		Der HA stimmt mehrheitlich i.S.d. gleichlautenden Anträge 52 und 57.										

Nr.	Maßnahme UA / HHSt. Kurzbezeichnung	Veränderung in €/ HHPI-Entwicklung										
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
41-1 Musikschulunterricht	ursprüngliche Fassung: Allgemeine Zuschussreduzierung für Musikschulunterrichtsangebote ab 2009 (41) (...)	0	25.000	50.000	75.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
	neue Textfassung: unverändert											
8	Antrag KSS (SPD)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Votum KSS	einstimmig i.S.d. Antrags										
	FA: 9/0/0 ; HA: 10/2/0											
	Votum FA	Der Finanzausschuss stimmt einstimmig für die Streichung der Maßnahme.										
	Beschluss HA	Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich für die Streichung der Maßnahme.										

Nr.	Maßnahme UA / HHSt. Kurzbezeichnung	Veränderung in €/ HHPI-Entwicklung											
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	
41-4	Stadtbibliothek (Konzentration)	ursprüngliche Fassung: Konzentration der Bibliothek an ihrem Hauptstandort zum schnellstmöglichen Termin unter Beachtung der Fördermittelaufgaben. (41) Die möglichen Schließungen der Zweigbibliotheken Lankow und Dreesch wurden vor dem Hintergrund alternativer Angebotsformen – wie z. B. telefonische Bestellmöglichkeiten und Anlieferungen - betrachtet. Diese dürften jedoch zu wesentlich höheren Kosten führen. Soweit diese nicht durch zusätzliche Gebühreneinnahmen gedeckt werden können, wäre hierfür ein Teil der tatsächlich realisierten Einspareffekte (Vorschlag 25%) einsetzbar. Alternativ zur Schließung von Zweigstellen wäre daher noch einmal zu prüfen, inwieweit für die entsprechenden Angebote Räume genutzt werden können, die sich im städtischen Eigentum befinden (Minimalvariante). Über die Realisierung kostengünstigerer Unterbringungs- möglichkeiten sind darüber hinaus Kosten-Nutzen-Analysen anzustellen. Dazu sollen die Erkenntnisse genutzt werden, die aus der Aufstellung der KLR für die Stadtbibliothek gewonnen werden (die Stadtbibliothek zählt zu den Pilotbereichen). Das beinhaltet auch ein Infragestellen der Angebote der Zweigbibliothek auf dem Großen Dreesch, welche mit Fördermitteln für Wohnumfeldverbesserung einge- richtet werden konnte, nach Auslaufen der Bindungsfrist. (41, II.1) (Sachkosten Lankow: Miete: 18.800 €, Sachkosten: 1.200 €)											
		0	18.800	18.800	18.800	18.800	18.800	18.800	18.800	18.800	18.800	18.800	18.800
		Antrag (27) zur textlichen Anpassung: "Konzentration an ihrem Hauptstandort" ist durch "Konzentration an einem Hauptstandort" zu ersetzen.											
27	Antrag KSS	0	18.800	18.800	18.800	18.800	18.800	18.800	18.800	18.800	18.800	18.800	
	Votum KSS	einstimmig für die textliche Anpassung											
	FA / HA:	Durch Abstimmung über den Antrag 44 ist dieser gegenstandslos.											
44	Antrag Die Linke	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
58	Antrag Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
44/ 58	FA: 5/4/0 ; HA: 7/5/0												
	Votum FA	Der Finanzausschuss stimmt mehrheitlich für die Streichung der Maßnahme.											
	Beschluss HA	Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich für die Streichung der Maßnahme.											

Nr.	Maßnahme UA / HHSt. Kurzbezeichnung	Veränderung in €/ HHPI-Entwicklung										
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
49.1-1 Jugendarbeit	ursprüngliche Fassung: Senkung der Zuschüsse für Aufgaben der Jugendarbeit, Jugend- und Schulsozialarbeit (...)	0	54.000	106.000	155.000	202.000	247.000	290.000	331.000	370.000	370.000	370.000
	Antrag (15): ersatzlose Streichung der Maßnahme											
15	Antrag JH (Die Linke)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Votum JH	9/5/0 für die Streichung der Maßnahme										
	FA / HA: Eine Abstimmung ist nicht erfolgt, da ein Antrag der Fraktionsmitglieder des Jugendhilfeausschusses eingebracht wurde. (siehe Antrag 59)											
59	Fraktionsmitglieder des JH	0	0	100.000	100.000	100.000	175.000	175.000	175.000	300.000	300.000	300.000
	Votum FA	Für die Jahre ab 2019 werden 350.000 € festgeschrieben.										
	Votum FA	Eine abschließende Entscheidung über den neuen Antrag 59 soll durch die StV am 09.06.2008 erfolgen.										
	Beschluss HA	Eine abschließende Entscheidung über den neuen Antrag 59 soll durch die StV am 09.06.2008 erfolgen.										
49.1-2 Kindertagesstätten	ursprüngliche Fassung: Kindertagesstätten: Reduzierung des Aufwandes pro Platz und Anpassung der Verträge, u. a. durch Festlegung von einheitlichen Standards und Finanzierungseckwerten, Verbesserung der Kostenprüfung und Verhandlungsdokumentation (ggf. unter Einbeziehung von juristischem und/oder betriebswirtschaftlichem Sachverstand). Anpassung der Zahl der Einrichtungen an die tatsächliche Entwicklung sowie Konzentration von Einrichtungen, Schaffung temporärer Lösungen für zeitlich befristeten Bedarf (49) (...)	0	150.000	300.000	450.000	600.000	700.000	700.000	700.000	700.000	700.000	700.000
	Antrag (45): ersatzlose Streichung der Maßnahme											
45	Antrag Die Linke	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Der Antrag wurde mit der Maßgabe, den Maßnahmentext der der Darstellung der Haushaltsdaten folgt zu streichen, zurückgezogen. Die Verwaltung hat die Änderung übernommen.											
	Votum FA	Es erfolgte keine Abstimmung im FA, da Verwaltung die textliche Anpassung übernommen hat.										
	Beschluss HA	Es erfolgte keine Abstimmung im HA, da Verwaltung die textliche Anpassung übernommen hat.										

Nr.	Maßnahme UA / HHSt. Kurzbezeichnung	Veränderung in €/ HHPI-Entwicklung										
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
49.1-4 Jugendberufshilfe	ursprüngliche Fassung: Maßnahmen der Jugendberufshilfe: Gemäß Haushaltsplangespräch mit dem Fachbereich soll die Jugendberufshilfe nach Auslaufen der Bundesbeteiligung auf ein Projekt verdichtet werden. (49)											
		0	0	22.500	22.500	22.500	22.500	22.500	22.500	22.500	22.500	22.500
	Antrag (16): ersatzlose Streichung der Maßnahme											
16	Antrag JH (Die Linke)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Votum JH	11/0/1 für die Streichung der Maßnahme										
	FA: 7/0/2 ; HA: 11/1/0											
	Votum FA	Der Finanzausschuss stimmt mehrheitlich für die Streichung der Maßnahme.										
	Beschluss HA	Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich für die Streichung der Maßnahme.										

Nr.	Maßnahme UA / HHSt. Kurzbezeichnung	Veränderung in €/ HHPI-Entwicklung										
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	49.1-5 Stationäre Unterbringung	ursprüngliche Fassung: Senkung der Kosten für stationäre Unterbringung: Reduzierung der Fallzahlen und/oder der Tagespflegesätze (Optimierung im Rahmen der Angebots- und Kostenstrukturen), Einnahmeverbesserung (49)										
		Einsparung gemäß Haushaltsplangespräch: ab 2010 und folgend alle zwei Jahre 5% (Berechnungsbasis: Zuschuss lt. Plan 2008: 4.574.600 € - prozentual errechneter Reduzierungsbetrag jeweils auf 10 Tsd.€ abgerundet)										
		2010: 220.000 € 2012: 210.000 € 2014: 200.000 € 2016: 190.000 € 2018: 180.000 € (gesamt: 1 Mio. € - Vergleich kreisfreier Städte ergibt einen um 1,17 Mio. € höheren Bedarf gegenüber dem nächstniedrigeren Zuschuss; vgl. I.3.2.1)										
		0	0	220.000	220.000	430.000	430.000	630.000	630.000	820.000	820.000	1.000.000
		Antrag (17) zur textlichen Anpassung (Die Linke): Streichung der Worte "der Fallzahlen und/oder" in der Maßnahmenbeschreibung.										
		Antrag (40) zur textlichen Anpassung (JH): "Reduzierung der Fallzahlen und/oder der Tagespflegesätze (Optimierung im Rahmen der Angebots- und Kostenstrukturen), Einnahmeverbesserung" ist durch "z.B. durch die Reduzierung der Tagespflegesätze und die Entwicklung alternativer Angebote mit dem Ziel, der Rückführung von Jugendlichen von außerhalb in die Landeshauptstadt Schwerin." zu ersetzen.										
17	Antrag JH (Die Linke)	0	0	220.000	220.000	430.000	430.000	630.000	630.000	820.000	820.000	1.000.000
	Votum JH	ohne Abstimmung										
	Durch die Übernahme des Antrags 40 durch die Verwaltung ist dieser Antrag gegenstandslos.											
40	Antrag JH (Die Linke)	0	0	220.000	220.000	430.000	430.000	630.000	630.000	820.000	820.000	1.000.000
	Votum JH	11/0/1 für die textliche Anpassung.										
	Die Verwaltung hat diesen Antrag übernommen.											
	Votum FA	Es erfolgte keine Abstimmung im FA, da Verwaltung den Antrag 40 übernommen hat.										
	Beschluss HA	Es erfolgte keine Abstimmung im HA, da Verwaltung den Antrag 40 übernommen hat.										

Nr.	Maßnahme UA / HHSt. Kurzbezeichnung	Veränderung in €/ HHPI-Entwicklung										
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
49.2-1 Schulentwicklungs- planung	ursprüngliche Fassung: Reduzierung der Bewirtschaftung der Grundstücke u. baulichen Anlagen allgemeinbildender Schulen auf Basis der Schulentwicklungsplanung (49, ZGM) Konzentration der Schulstandorte unter vollständiger Auslastung der Kapazitäten der langfristig benötigten Schulstandorte. Weiterentwicklung auf Grundlage aktueller Schülerzahlen - Aufgabe weiterer Standorte bereits zum Schuljahr 2008/2009. Pro Schulschließung wird mit einer Einsparung i. H. v. durchschnittlich 130 Tsd. € gerechnet. (49)											
		100.000	200.000	300.000	390.000	390.000	390.000	390.000	390.000	390.000	390.000	390.000
	Antrag (9) zur textlichen Anpassung: Hinter dem Halbsatz: "Aufgabe weiterer Schulstandorte bereits zum Schuljahr 2008/2009" ist einzufügen: "...,soweit das pädagogisch und schulorganisatorisch sinnvoll ist."											
9	Antrag KSS (Die Linke)	100.000	200.000	300.000	390.000	390.000	390.000	390.000	390.000	390.000	390.000	390.000
	Votum KSS	einstimmig für die textliche Anpassung										
	Die Verwaltung hat diesen Antrag übernommen.											
	Votum FA	Es erfolgte keine Abstimmung im FA, da Verwaltung den Antrag 9 übernommen hat.										
	Beschluss HA	Es erfolgte keine Abstimmung im HA, da Verwaltung den Antrag 9 übernommen hat.										

Nr.	Maßnahme UA / HHSt. Kurzbezeichnung	Veränderung in €/ HHPI-Entwicklung											
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	
49.2-2	Berufsschulen	ursprüngliche Fassung: Reduzierung der Bewirtschaftung der Grundstücke u. baulichen Anlagen von Berufsschulen auf Basis der Schulentwicklungsplanung (49, ZGM) Konzentration der Standorte unter vollständiger Auslastung vorhandener Kapazitäten, Weiterentwicklung auf Grundlage aktueller Schülerzahlen: Nach vorläufigen Bevölkerungsprognosen erfolgt ein stetiger Rückgang der Jugendlichen in Schwerin im Alter zwischen 16 und 21 Jahren bis 2012, mit einem leichten Anstieg wird 2018 dann gerade die Hälfte der Zahl aus 2006 erreicht; die Schulentwicklungsplanung bestätigt diesen Trend für das Land M-V.											
		0	150.000	300.000	450.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000
		Antrag (10) zur textlichen Anpassung: Der erste Satz soll enden hinter: "... Konzentration der Schulstandorte." Als zweiter Satz wird eingefügt: "Die Auslastung der vorhandenen Kapazitäten ist unter Beachtung von pädagogischen und schulorganisatorischen Erfordernissen zu erhöhen."											
10	Antrag KSS (Die Linke)	0	150.000	300.000	450.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	
	Votum KSS	einstimmig für die textliche Anpassung											
	Die Verwaltung hat diesen Antrag übernommen.												
	Votum FA	Es erfolgte keine Abstimmung im FA, da Verwaltung den Antrag 10 übernommen hat.											
	Beschluss HA	Es erfolgte keine Abstimmung im HA, da Verwaltung den Antrag 10 übernommen hat.											

Nr.	Maßnahme UA / HHSt. Kurzbezeichnung	Veränderung in €/ HHPI-Entwicklung										
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
49.2-4	Lehrmittel	ursprüngliche Fassung: Senkung der Ausgaben für Unterrichts-/ Lehrmittel für Lehrer im bzw. zur Vorbereitung auf den Unterricht (49) (...)										
		0	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000
		Antrag (11): ersatzlose Streichung der Maßnahme										
11	Antrag KSS (SPD)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Votum KSS	einstimmig bei einer Enthaltung für die Streichung der Maßnahme										
	FA: 6/3/0 ; HA: 8/4/0											
35	Antrag Fraktion UB	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	FA: 6/3/0 ; HA: 8/4/0											
	Votum FA	Der Finanzausschuss stimmt mehrheitlich für die Streichung der Maßnahme.										
	Beschluss HA	Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich für die Streichung der Maßnahme.										
49.2-5	Stadtelternrat, Schulsport	ursprüngliche Fassung: Reduzierung der Sachausgaben für Stadtelternrat und schulsportliche Höhepunkte (49) (...)										
		0	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
		Antrag (12): ersatzlose Streichung der Maßnahme										
12	Antrag KSS (CDU)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Votum KSS	einstimmig für die Streichung der Maßnahme										
	FA: 9/0/0 ; HA: 10/1/1											
36	Antrag Fraktion UB	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	FA: 9/0/0 ; HA: 10/1/1											
55	Antrag Fraktion CDU	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	FA: 9/0/0 ; HA: 10/1/1											
	Votum FA	Der Finanzausschuss stimmt einstimmig für die Streichung der Maßnahme.										
	Beschluss HA	Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich für die Streichung der Maßnahme.										

Nr.	Maßnahme UA / HHSt. Kurzbezeichnung	Veränderung in €/ HHPI-Entwicklung										
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
49.3-2	Stadtsportbund	ursprüngliche Fassung: Reduzierung des Zuschusses an den Stadtsportbund in Zusammenhang mit der Entgeltordnung. (49)										
		0	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
		Antrag (13): ersatzlose Streichung der Maßnahme										
13	Antrag KSS (Die Linke)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Votum KSS	mehrheitlich für die Streichung der Maßnahme										
	FA: 9/0/0 ; HA: 11/1/0											
	Votum FA	Der Finanzausschuss stimmt einstimmig für die Streichung der Maßnahme.										
	Beschluss HA	Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich für die Streichung der Maßnahme.										
50.5-1	Rekobim	ursprüngliche Fassung: Nach Vertragsende wird das Pilotprojekt REKOBIM nicht verlängert. Das Projekt dient der beruflichen Integration von Migranten in den ersten Arbeitsmarkt. Dazu sind mit der ARGE Gespräche anzuberaumen. (50)										
		RE 2006: 0 € Plan 2007: 6.000 € Plan 2008: 6.000 €										
		0	0	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000
	Antrag (33):	Umwandlung der Maßnahme in einen Prüfauftrag: Das Pilotprojekt hat sich bewährt und sollte unbedingt weitergeführt werden; ggf. Neuverteilung der Mittel aus dem Unterabschnitt 47000.										
33	Antrag SW	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Votum SW	mehrheitlich für die Umwandlung der Maßnahme in einen Prüfauftrag										
	FA: 8/1/0 ; HA: 12/0/0											
	Votum FA	Der Finanzausschuss stimmt mehrheitlich für die Umwandlung der Maßnahme in einen Prüfauftrag.										
	Beschluss HA	Der Hauptausschuss stimmt einstimmig für die Umwandlung der Maßnahme in einen Prüfauftrag.										

Nr.	Maßnahme UA / HHSt. Kurzbezeichnung	Veränderung in €/ HHPI-Entwicklung										
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	50.5-2 Beschäftigungsförderung	ursprüngliche Fassung: Streichung der Beschäftigungsförderung (Zukunftswerkstatt; kommunale Komplementärmittel für auslaufende Maßnahmen). (50) RE 2006: 100.000 €, Plan 2007: 70.000 €, Plan 2008: 20.000 €										
		0	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
47	Antrag Die Linke FA: 2/7/0 ; HA: 4/8/0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Votum FA	Der Finanzausschuss hat die Streichung der Maßnahme mehrheitlich abgelehnt.										
	Beschluss HA	Der Hauptausschuss hat die Streichung der Maßnahme mehrheitlich abgelehnt.										
	32.2-1 Lokale Agenda	ursprüngliche Fassung: Der Ansatz für die freiwillige Aufgabe „Lokale Agenda“ wird reduziert. (...)										
		5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
48	Antrag Die Linke FA: 3/6/0 ; HA: 5/6/0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Votum FA	Der Finanzausschuss hat die Streichung der Maßnahme mehrheitlich abgelehnt.										
	Beschluss HA	Der Hauptausschuss hat die Streichung der Maßnahme mehrheitlich abgelehnt.										

Nr.	Maßnahme UA / HHSt. Kurzbezeichnung	Veränderung in €/ HHPI-Entwicklung										
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	61.1-2 Naturschutzstation	ursprüngliche Fassung: Reduzierung des Zuschusses für die Naturschutzstation Zippendorf um 10% (61) Nach Ablauf des Vertrages ist der Zuschuss ab 2010 neu festzusetzen. In diesem Zusammenhang ist das Aufgabenportfolio zu überprüfen. Denkbar wäre auch die Wahrnehmung von Aufgaben, die z.B. zurzeit vom Eigenbetrieb SDS wahrgenommen werden. RE 2006: 59.800 € Plan 2007: 59.900 € Plan 2008: 59.900 €										
		0	0	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000
51	Antrag Die Linke FA: 6/1/2 ; HA: 8/2/2	0	0	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
Votum FA		Der Finanzausschuss stimmt mehrheitlich i.S.d. Antrags 51.										
Beschluss HA		0	0	2.000								
		Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich i.S.d. Antrags 51.										

Nr.	Maßnahme UA / HHSt. Kurzbezeichnung	Veränderung in €/ HHPI-Entwicklung										
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	69-4 Zuschuss SDS	ursprüngliche Fassung: Zuschussreduzierung SDS (I.1, GBV) In den einzelnen Bereichen der SDS sollen Untersuchungen zur Organisation und zu den Prozessen stattfinden, da hier Optimierungspotenziale erwartet werden. Wegen des erhöhten Pflegeaufwandes für Öffentliches Grün im Jahr der BUGA und der 850-Jahrfeier werden die vollen Einsparungen erst ab 2011 erwartet (insbesondere über Personalkostenreduzierung). RE 2006: 6.101.760 € Plan 2007: 5.189.000 € (zzgl. 291.600 € ATZ-Leistungen) (UA 72200) Plan 2008: 5.379.300 € (zzgl. 407.700 € ATZ-Leistungen) 190.300 € Mehrausgaben gegenüber 2007 Laut Wirtschaftsplan 2008 sind für die Jahre (einschl. Sportanlagen) folgende Erstattungen geplant: 2008: 6.388 T€ 2009: 6.795 T€ 2010: 7.125 T€ 2011: 6.838 T€										
		0	150.000	150.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000
		neue Textfassung: unverändert										
7	Antrag Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	0	200.000	200.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000
	Votum WTL	abgelehnt										
	Nicht abgestimmt, da mehrheitlich i.S.d. Antrags 26.											
26	Antrag WTL	0	0	0	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000
	Votum WTL	4/3/1 i.S.d. Antrags										
	FA: 6/3/0 ; HA: 9/3/0											
50	Antrag Die Linke	0	0	0	150.000	150.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000
	Nicht abgestimmt, da mehrheitlich i.S.d. Antrags 26.											
	Votum FA	Der Finanzausschuss stimmt mehrheitlich i.S.d. Antrags 26.										
	Beschluss HA	0	0	0	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000
	Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich i.S.d. Antrags 26.											

Nr.	Maßnahme UA / HHSt. Kurzbezeichnung	Veränderung in €/ HHPI-Entwicklung										
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
PK-1 Stellenreduzierung (ATZ)	ursprüngliche Fassung: Personalkostenreduzierung gemäß PBK Seitens der Verwaltung wurden ca. 220 Altersteilzeitverträge abgeschlossen. Um die damit angestrebten Effekte realisieren zu können, sind die frei werdenden Stellen grundsätzlich nicht wiederzubesetzen. Dabei wird von einer Mindesteinstellungsnotwendigkeit i. H. v. 10% ausgegangen. Die Verbesserungen (ca. 6 Mio. €) wirken sich sukzessive bis zum Jahr 2019 aus - ca. 1,7 Mio. € ab 2012 (10) Personalausgaben Gr. 4 gesamt: RE 2006: 39.911.180 € Plan 2007: 40.320.900 € Plan 2008: 41.044.510 €	0	0	510.000	1.000.000	1.700.000	2.400.000	3.100.000	3.800.000	4.500.000	5.200.000	5.900.000
		Antrag (49): Die Höhe der Mindesteinstellungsnotwendigkeit ist auf 20 % zu erhöhen.										
		0	0	445.100	890.000	1.515.100	2.135.100	2.760.000	3.385.100	4.010.000	4.635.100	5.251.000
49	Antrag Die Linke FA: 2/7/0 ; HA: 3/6/3	0	0	445.100	890.000	1.515.100	2.135.100	2.760.000	3.385.100	4.010.000	4.635.100	5.251.000
Votum FA		Der Finanzausschuss lehnt den Antrag 49 mehrheitlich ab.										
Beschluss HA		Der Hauptausschuss lehnt den Antrag 49 mehrheitlich ab.										

Nr.	Maßnahme UA / HHSt. Kurzbezeichnung	Veränderung in €/ HHPI-Entwicklung										
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	AD-XX Gewerbesteuer (Neu)	ursprüngliche Fassung: Die Maßnahme wird neu ins HSK aufgenommen.										
		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		neue Textfassung: Anhebung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer von 390 v. H. auf 450 v. H. (20) RE 2006: 21.867.990 € Plan 2007: 31.219.000 € Plan 2008: 27.211.510 € Die Hansestadt Rostock erhöht ab 2008 auf 450 v. H. Vgl. auch Anlage VI: Städtevergleich Hebesätze Realsteuern Empfehlung LRH: 420 v. H.										
	Vorschlag lt. Veränderungsliste der Verwaltung	2.310.000	2.310.000	2.310.000	2.310.000	2.310.000	2.310.000	2.310.000	2.310.000	2.310.000	2.310.000	2.310.000
1	Antrag HA 13.05. Beschluss	Keine Steuererhöhungen in 2008. Im Zusammenhang mit der Einbringung der Veränderungsliste der Verwaltung so beschlossen.										
		0	2.310.000	2.310.000	2.310.000	2.310.000	2.310.000	2.310.000	2.310.000	2.310.000	2.310.000	2.310.000
30	Antrag WTL	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Votum WTL	6/2/0 für die Streichung der Maßnahme										
		FA: 3/6/0 ; HA: 4/8/0, da gleichlautend mit Antrag 54										
54	Antrag Fraktion CDU	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		FA: 3/6/0 ; HA: 4/8/0										
60	Mehrfraktionen- antrag im HA	Anhebung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer von 390 v. H. auf 420 v. H.										
		0	1.183.800	1.183.800	1.183.800	1.183.800	1.183.800	1.183.800	1.183.800	1.183.800	1.183.800	1.183.800
		FA: 6/3/0; HA: 8/4/0										
	Votum FA	Der Finanzausschuss stimmt mehrheitlich i.S.d. Antrags 60.										
	Beschluss HA	0	1.183.800									
		Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich i.S.d. Antrags 60 für die Anhebung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer auf 420 v. H.										

Nr.	Maßnahme UA / HHSt. Kurzbezeichnung	Veränderung in €/ HHPI-Entwicklung										
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	AD-4 Grundsteuer A	ursprüngliche Fassung HSK: Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer A von 260 v. H. auf 300 v. H. (20) Vgl. Anlage VI: Städtevergleich Hebesätze Realsteuern RE 2006: 40.138 € Plan 2007: 40.000 € Plan 2008: 39.200 € 6.100 6.100 6.100 6.100 6.100 6.100 6.100 6.100 6.100 6.100 6.100 neue Textfassung: unverändert										
1	Antrag HA 13.05.	Keine Steuererhöhungen in 2008. Im Zusammenhang mit der Einbringung der Veränderungsliste der Verwaltung so beschlossen.										
	Beschluss	0	6.100	6.100	6.100	6.100	6.100	6.100	6.100	6.100	6.100	6.100
	FA: 9/0/0 ; HA: 12/0/0											
32	Antrag WTL	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Votum WTL	6/2/0 für die Streichung der Maßnahme										
	Im FA und HA nicht abgestimmt, da über die Vorlage zur Änderung der Hebesatzsatzung gesondert abgestimmt wurde.											
	Stellungnahme der Verwaltung	Die Verwaltung stimmt dem Beschluss des Hauptausschusses vom 13.05.2008 - für 2008 keine Steuererhöhungen durchzuführen - zu und bleibt im Übrigen bei ihrem Vorschlag entsprechend der Veränderungsliste vom 13.05.2008. Bestätigung in der DB am 03.06.2008. Die Vorlagen zu den Hebesatzänderungen werden entsprechend verändert (höhere Sätze erst ab 2009).										
	Votum FA	Der Finanzausschuss stimmt einstimmig i.S.d. Antrags 1.										
	Beschluss HA	Der Hauptausschuss stimmt einstimmig i.S.d. Antrags 1 für die Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer A auf 300 v. H.										

Nr.	Maßnahme UA / HHSt. Kurzbezeichnung	Veränderung in €/ HHPI-Entwicklung										
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	AD-5 Grundsteuer B	ursprüngliche Fassung HSK: Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B von 420 v.H. auf 430 v. H. (20) RE 2006: 8.600.490 € Plan 2007: 10.151.000 € Plan 2008: 10.278.000 € (lt. 1. Veränderungsliste der Verwaltung: 10.478.000 €) Die Hansestadt Rostock erhöht ab 2008 auf 450 v. H.. Vgl. auch Anlage VI: Städtevergleich Hebesätze Realsteuern Empfehlung LRH: Erhöhung auf 551 v. H.										
		230.000	230.000	230.000	230.000	230.000	230.000	230.000	230.000	230.000	230.000	230.000
		neue Textfassung laut Veränderungsliste: Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B von 420 v.H. auf 450 v. H. (20) RE 2006: 8.600.490 € Plan 2007: 10.151.000 € Plan 2008: 10.478.000 € Die Hansestadt Rostock erhöht ab 2008 auf 450 v. H. Vgl. auch Anlage VI: Städtevergleich Hebesätze Realsteuern Empfehlung LRH: Erhöhung auf 550 v. H.										
	Verwaltungsvorschlag VL	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000
1	Antrag HA 13.05.	Keine Steuererhöhungen in 2008. Im Zusammenhang mit der Einbringung der Veränderungsliste der Verwaltung so beschlossen.										
	Beschluss	0	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000
	FA: 6/3/0 ; HA: 8/4/0											
31	Antrag WTL	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Votum WTL	6/2/0 für die Streichung der Maßnahme										
	Im FA und HA nicht abgestimmt, da über die Vorlage zur Änderung der Hebesatzsatzung gesondert abgestimmt wurde.											
53	Antrag Fraktion CDU	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Im FA und HA nicht abgestimmt, da über die Vorlage zur Änderung der Hebesatzsatzung gesondert abgestimmt wurde.											
	Votum FA	Der Finanzausschuss stimmt mehrheitlich i.S.d. Antrags 1.										
	Beschluss HA	Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich i.S.d. Antrags 1 für die Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B auf 450 v. H.										

Nr.	Maßnahme UA / HHSt. Kurzbezeichnung	Veränderung in €/ HHPI-Entwicklung										
		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	AD-7 Hundesteuer	ursprüngliche Fassung HSK: Erhöhung der Hundesteuer (20) Der Steuersatz ist deutlich zu erhöhen. (...)										
		88.000	88.000	88.000	88.000	88.000	88.000	88.000	88.000	88.000	88.000	88.000
1	Antrag HA 13.05. Beschluss	Keine Steuererhöhungen in 2008. Im Zusammenhang mit der Einbringung der Veränderungsliste der Verwaltung so beschlossen.										
		0	88.000	88.000	88.000	88.000	88.000	88.000	88.000	88.000	88.000	88.000
30	Antrag WTL	88.000	88.000	88.000	88.000	88.000	88.000	88.000	88.000	88.000	88.000	88.000
	Votum WTL	5/2/1										
		Im HA nicht abgestimmt, da über den Antrag der Fraktion CDU (61) zustimmend votiert wurde.										
61	Antrag Fraktion CDU	Anhebung des Steuersatzes für den 1. Hund auf 90 €, für den 2. Hund auf 200 €, für jeden weiteren Hund 350 € und für gefährliche Hunde jeweils 700 €										
		42.000	42.000	42.000	42.000	42.000	42.000	42.000	42.000	42.000	42.000	42.000
	HA: 7/3/2											
	Votum FA	Der Finanzausschuss stimmt mehrheitlich i.S.d. Antrags 30. (Sitzung am 29.05.2008)										
	Beschluss HA	42.000	42.000	42.000	42.000	42.000	42.000	42.000	42.000	42.000	42.000	42.000
		Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich i.S.d. Antrags 61 für die Anhebung des Hundesteuersatzes.										

II. weitergehende Aufträge

Nr.	Maßnahme	
I.1-11 Verkauf von Beteiligungen		ursprüngliche Textfassung: Veräußerung von Minderheitsbeteiligungen (Sozius gGmbH, Helios Kliniken GmbH etc.) unter dem besonderen Aspekt der Wirtschaftlichkeit inklusive steuerlicher Folgen und ggf. wegfallender Rechte der Stadt (I.1, GBV) Helios: Aus rechtlichen Gründen wird die Minderheitsbeteiligung an Helios bis zum Jahr 2009 gehalten. Ein Verkauf ist frühestens zum 01.01.2010 möglich. Aus Gründen der Begleitung der Einrichtung in der Übergangsphase wird die Minderheitsbeteiligung an Sozius noch gehalten. Ein Verkauf wäre zum 31.12.2008 möglich.
43	Antrag Die Linke FA: 2/7/0 ; HA: 5/4/1	ersatzlose Streichung des Auftrags
Votum FA	Der Finanzausschuss lehnt die Streichung des weitergehenden Auftrags mehrheitlich ab.	
Beschluss HA	Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich für die Streichung des weitergehenden Auftrags.	

III. Prüfaufträge

Nr.	Maßnahme	
	02-XX Stadtmarketing ("Rückabwicklung")	ursprüngliche Textfassung: entfällt. Der Prüfauftrag ist neu.
41	Antrag Die Linke FA: 4/5/0 ; HA: 7/4/1	Prüfung, ob die städtischen Aufgaben, die der Stadtmarketing GmbH übertragen worden sind, wieder in Regie der Verwaltung wahrgenommen werden können.
	Votum FA	Der Finanzausschuss lehnt die Aufnahme des Prüfauftrags mehrheitlich ab.
	Beschluss HA	Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich für die Aufnahme des Prüfauftrags.
	I.1-14 Kultur- und Sport-GmbH	ursprüngliche Textfassung: Prüfung, ob eine alternative Aufgabenwahrnehmung in Form einer formellen Privatisierung in einer städtischen Kultur- und Sport-GmbH oder im Rahmen sonstiger Organisationsformen möglich ist. Vor- und Nachteile sind darzustellen. (GBV) (Frist: drei Monate ab Stadtvertreterbeschluss)
18	Antrag KSS (Die Linke) Votum mehrheitlich i.S.d. Antrags FA: 2/4/3 ; HA: 4/5/3	Prüfung, ob eine intensivere Zusammenarbeit und Kooperation des städtischen Kulturbüros mit der Stadtmarketing GmbH zu Synergieeffekten und Kostenoptimierung führen kann. (GBV) (Frist: drei Monate ab Stadtvertreterbeschluss) "für die Änderung des Prüfauftrags"
	Votum FA	Der Finanzausschuss lehnt die Änderung des Prüfauftrags mehrheitlich ab.
	Beschluss HA	Der Hauptausschuss lehnt die Änderung des Prüfauftrags mehrheitlich ab.

Nr.	Maßnahme	
41-12	ursprüngliche Textfassung: Senkung der Ausgaben im Kulturbereich (41) (...)	
	Kulturausgaben	
19	Antrag KSS (Die Linke)	ersatzlose Streichung
	Votum	einstimmig bei einer Enthaltung "für die Streichung des Prüfauftrages"
	FA: 3/4/2 ; HA: 7/5/0	
	Votum FA	Der Finanzausschuss lehnt die Streichung des Prüfauftrags mehrheitlich ab.
	Beschluss HA	Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich für die Streichung des Prüfauftrags.
49.1-6	ursprüngliche Textfassung: Optimierung des Angebotes an Beratung und Unterstützung bei der Personensorge (Verhältnis Angebot - Nachfrage in den zwei Erziehungsberatungsstellen, auch im interkommunalen Vergleich, auch in Bezug auf den Wohnort der Beratungssuchenden) (49)	
	Personensorge	
38	Antrag JH	ersatzlose Streichung
	Votum JH	5/4/2 "für die Streichung des Prüfauftrages"
	FA: 2/6/1 ; HA: 6/5/0	
	Votum FA	Der Finanzausschuss lehnt die Streichung des Prüfauftrags mehrheitlich ab.
	Beschluss HA	Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich für die Streichung des Prüfauftrags.

Nr.	Maßnahme	
49.1-7	Expertenbeirat	ursprüngliche Textfassung: In Anbetracht der dramatischen Entwicklung der Zuschussbedarfe (siehe Ausführungen im allgemeinen Teil) sind neue Wege zur Zuschusssenkung zu eruieren. Das kann sowohl die Hinzuziehung externen Sachverständes bedeuten (denkbar über Beratungsinstitutionen, ausgewiesene Fachleute mit praktischer Erfahrung, Bildung eines "Beirates" aus Persönlichkeiten der Region mit besonderen Affinitäten und/oder praktischen Erfahrungen, Best-Practice-Vergleiche auf kommunaler Ebene) als auch die Entwicklung eigenständiger Ansätze (unter Hinzuziehung betriebswirtschaftlichen Sachverständes des Konzerns Stadt). (Dez. III) (Frist: drei Monate ab Stadtvertreterbeschluss)
		39
	Votum JH	9/0/3 "für die Änderung des Prüfauftrages"
	Die Verwaltung übernimmt die Änderung des Prüfauftrags.	
	Votum FA	Über den Antrag 39 wurde nicht abgestimmt, da die Verwaltung diesen übernommen hat.
Beschluss HA		Über den Antrag 39 wurde nicht abgestimmt, da die Verwaltung diesen übernommen hat.
49.2-8	Budget Schulen	ursprüngliche Textfassung: Überprüfung der Ausgabensteigerung vom Nachtrag 2007 zum Plan 2008. Plan 2007: 10.294.300 € Plan 2008: 10.496.500 € (s. Maßn. 49.2-1).
		20
	Votum KSS	mehrheitlich " gegen die Streichung des Prüfauftrages"
	Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.	
46	Antrag Die Linke	ersatzlose Streichung
		Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.
	Votum FA	Keine Abstimmung, da der Antrag zurückgezogen wurde.
Beschluss HA		Keine Abstimmung, da der Antrag zurückgezogen wurde.

Nr.	Maßnahme	
49.3-XX Mittelverwendung Stadtsporbund		ursprüngliche Textfassung: Die Maßnahme wird neu ins HSK aufgenommen.
		Textfassung lt. Antrag: Prüfung, eine Regelung zu finden, dass die Zuschüsse an den Stadtsporbund in Zusammenhang mit der Entgeltordnung ausschließlich an Sportvereine ausgereicht werden sollen. (bezogen auf die Maßnahme 49.3-2)
21	Antrag KSS (SPD) Votum FA: 9/0/0 ; HA: 10/1/1	Neuaufnahme als Prüfauftrag ins HSK einstimmig bei einer Enthaltung "für die Aufnahme des Prüfauftrages"
Votum FA		Der Finanzausschuss stimmt einstimmig für die Neuaufnahme als Prüfauftrag.
Beschluss HA		Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich für die Neuaufnahme als Prüfauftrag.
49.3-4 Entgeltordnung (Sport)		ursprüngliche Textfassung: Erhöhung der Einnahmen aus Entgeltordnung: Prüfung der Angemessenheit einer moderaten Anhebung (insbesondere durch interkommunale Vergleiche der monatlichen Belastungen einzelner Personen / Personengruppen) und Verhandlung mit dem Stadtsporbund (49) (Frist: zwei Monate ab Stadtvertreterbeschluss)
37	Antrag Fraktion UB FA: 6/1/2 ; HA: 5/6/1	ersatzlose Streichung
Votum FA		Der Finanzausschuss stimmt mehrheitlich für die Streichung des Prüfauftrags.
Beschluss HA		Der Hauptausschuss stimmt mehrheitlich gegen die Streichung des Prüfauftrags.